

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40 eingetragene in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Beile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss 3002.

### Nur keine Kriegsbeschädigten-Organisationen.

Von Rudolf Wiffell (Berlin).

In Nr. 16 des „Proletariers“ haben wir kurz berichtet über die Meinungsverschiedenheiten, die in den Gewerkschaften bestehen über die Frage, ob und wie die Kriegsteilnehmer oder die Kriegsbeschädigten gesondert in einer Organisation zusammengefaßt werden sollen. Nachfolgend geben wir eine Meinungsäußerung des Genossen Wiffell dazu wieder. D. R.

Am Donnerstag hat sich in Essen die Gründung eines Verbandes der wirtschaftlichen Vereinigung der Kriegsbeschädigten vollzogen. Die vier großen Gewerkschaftsgruppen und die beiden Arbeitsgemeinschaften für einheitliches Angestelltenrecht und für die technischen Verbände haben sich in einem vom 3. April datierten Aufruf scharf gegen die Gründung gewandt. Was für treibende Kräfte hinter dieser Gründung stehen, steht noch dahin. Eine von der Tagung in der bürgerlichen Presse verbreitete Meldung besagte, daß die Gründung auf Bestrebungen von Behörden und Arbeitgebern beruhe. Die offiziell mit der Kriegsbeschädigtenfürsorge betrauten Behörden sind es sicher nicht. Möglich, daß gewisse Arbeitgeberkreise die Gründung propagieren. Daß dabei nur uneigennützige Motive mitspielen, ist ausgeschlossen. Nichts könnte gewisser Arbeitgebern mehr passen, als eine Loslösung der Kriegsbeschädigten von den Arbeiterorganisationen. Ohne den Haß dieser wären sie ein zunächst uner schöpfliches Reservoir billiger Arbeitskräfte für den Unternehmer. Immer und immer wieder würde eine Umrechnung der den Beschädigten zustehenden Rente auf den Lohn erfolgen, wenn auch nicht ausdrücklich bei der Lohnvereinbarung ausgesprochen, so doch tatsächlich geübt und betrieben. Die Unternehmer müßten einen Teil ihres Wesens abgelegt haben, wenn es anders sein sollte.

Darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben, daß das Schwergewicht der Existenz der Kriegsbeschädigten in ihrem Arbeitseinkommen liegen wird. Gerade deshalb aber trifft der Aufruf der Gewerkschaften den Nagel auf den Kopf, wenn er die Kriegsbeschädigten auf die wirtschaftliche Organisation der Arbeitnehmer als die berufene Vertreterin ihrer Interessen hinweist. Und zwar, wie besonders betont werden muß, aller Interessen, nicht nur der auf eine günstige Gestaltung der Arbeitsverhältnisse hinielenden. Es ist natürlich gänzlich ausgeschlossen, daß die Kriegsbeschädigten, allein auf sich gestellt, eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erreichen können. Dazu bedarf es des Halts einer gewerkschaftlichen Organisation. Wo die Einrichtungen einer solchen fehlen — und sie müssen bei einer Organisation der Kriegsbeschädigten fehlen —, wo nicht hinter dem Verlangen nach besseren Arbeitsverhältnissen die Kampfmittel einer Organisation stehen, muß dieses Verlangen zum lebhaften Wünsche für dieselben werden. Wo eine Organisation der Kriegsbeschädigten sich gewerkschaftlich beteiligen wollte, müßte sie Schiffbruch erleiden. Sie würde scheitern, da die Kriegsbeschädigten nur einen kleinen Teil der Arbeiterschaft eines geordneten Betriebes ausmachen werden. Diesen, und nur diesen Bruchteil der Arbeiterschaft zu gesonderter gewerkschaftlicher Betätigung zusammenzufassen, würde ein Schlag ins Wasser sein. Wie nie zuvor, hat die Zeit des Krieges die Zusammenfassung der Kräfte als notwendig erwiesen. Die Gewerkschaftsgruppen und Angestelltenvereinigungen der verschiedensten Art sind durch die Gewalt der Tatsachen zu mancher gemeinsamen Arbeit zusammenggeführt, und nach dem Kriege wird solche gemeinsame Arbeit doppelt notwendig sein. Ihnen stehen nach dem Kriege mit der, namentlich der jetzt für den Heeresbedarf arbeitenden, ganz gewaltig gestärkten Kapitalmacht schwere Kämpfe bevor. All dieses läßt jede gewerkschaftliche Betätigung einer Kriegsbeschädigtenorganisation von vornherein unwirksam werden.

Und das muß den Kriegsbeschädigten mit Naturnotwendigkeit zu der Erkenntnis führen, daß er für eine Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf die bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen angewiesen ist. Ohne die tätige Mithilfe der gesunden Mitarbeiter entbehrt er des Schutzes im Arbeitsprozeß gegen Übergriffe und Benachteiligungen. Auch dann noch, oder vielmehr gerade dann noch, wenn, wie es wohl notwendig sein wird, durch gesetzliche Vorschrift der einzelne Betrieb verpflichtet wird, einen bestimmten Bruchteil der Arbeiterschaft aus den Kriegsbeschädigten zu entnehmen.

Also für dieses, das größte, aber auch weitaus wichtigste Gebiet der zukünftigen Lebensexistenz der Kriegsbeschädigten scheidet eine selbständige Organisationsbeteiligung derselben aus. Nicht etwa aber auch eine Organisationsbeteiligung an sich. Im Gegenteil ist sie durchaus erwünscht, aber im Rahmen der sie mit den gesunden Mitarbeitern umschließenden Organisation.

Auf der Essener Tagung soll behauptet worden sein, daß 50 Prozent der Kriegsbeschädigten ihrer geringen Erwerbsfähigkeit wegen außerstande seien, die Gewerkschaftsbeiträge erschwungen zu können. Es ist zunächst eine trassige Übertreibung, von einem so hohen Prozentsatz erheblich Beschädigter zu sprechen. Nur wenige Prozent kämen in Frage — werden doch fast 90 Prozent sogar wieder selbständig — und für diese haben wohl sämtliche Verbände entsprechende Einrichtungen geschaffen: Stufenbeiträge, Invalidenklassen usw. Wo sie wirklich fehlen, werden sie geschaffen.

Es bleibt die Betätigung der Kriegsbeschädigten auf dem Gebiete der Krankenfürsorge. Dabei kann es sich nur um eine Einwirkung auf die Gesetzgebung handeln. Täuschung wir uns über die Grenzen des hier Erreichbaren nicht. Das Maß des zu Er-

reichenden findet seinen Gegendruck in der für das Reich bewirkten finanziellen Belastung. Auf ethische Momente allein darf man keine Hoffnungen nicht basieren. Sie werden fraglos für die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen eine große Rolle spielen, aber soweit die Kriegsbeschädigten selbst — mit Recht — auf solche Momente nicht bauen wollen, wollen sie durch eigene Organisationsbeteiligung auf die Gesetzgeber einwirken. Ist es nicht gerade so, als wenn sich die Unfallverletzten zu diesem Zwecke eine eigene Organisation schaffen wollten? Natürlich hint ein solcher Vergleich — wie jeder. Der Unfallverletzte ist auf dem wirtschaftlichen Kampffeld zu Schaden gekommen, der Kriegsbeschädigte auf dem Kampffeld vor dem politischen Feinde. Die Zahl der einen ist klein, gemessen an der der andern, aber sonst ist die Sachlage die gleiche. Haben nun Anregungen von interessierter Seite an die Gesetzgeber mehr Erfolg als von persönlich uninteressierten? Sind die Anregungen, die von ersteren den Gesetzgebern gegeben werden, nicht viel wirksamer als die von der andern Seite? Und mit welcher Kraft können die Kriegsbeschädigten ihre Interessen geltend machen in den Organisationen, die hinter den Parteien des Reichstages stehen, die mit diesen durch politische Anschauung und vielfach durch Personalunion verbunden sind! Hier in diesen Organisationen kommen sie mit den realen politischen Kräften in Berührung und Beziehung, können auf sie wirken und sie sich nutzbar machen.

Von welchem Gesichtspunkte aus man auch eine besondere Organisation der Kriegsbeschädigten betrachtet, immer kommt man zu dem Ergebnis, daß sie im höchsten Grade unpraktisch ist und nutzbare Kraft vergeudet in einer Richtung, auf der keine Erfolge zu erzielen sind, ja bittere Enttäuschungen mit absooluter Gewißheit zeitigen muß.

In dem Bericht über die Essener Tagung lesen wir den Satz, daß der neue Verband den Kriegsbeschädigten-Heimarbeiterorganisationen praktische Mithilfe leisten wolle. Hier haben wir geradezu einen Schulfall törichtster und unpraktischer Betätigung. Welche dem Kriegsbeschädigten, der das Elend der Heimarbeit kosten muß, keine Berufsberatung, die ihre Aufgabe erfüllt, kann zur Heimararbeit raten und sie tut es auch nicht. Und nun sollen gar Kriegsbeschädigten-Heimarbeiterorganisationen geschaffen werden, natürlich um die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu erzielen. Nur volkswirtschaftliche Antennennetz höchsten Grades kann auf solche Unsicht verfallen, wenn nicht Schlimmeres.

Und noch ein weiteres. Ein jedes Organisationsleben, das nicht verkümmern und erstarken soll, ist auf den immer fließenden Zustrom frischer, neuer junger Kräfte angewiesen. Einer Kriegsbeschädigtenorganisation fehlt dieser Zufluß, der Jungbrunnen der Gesundheit, der naturgemäß alt und jenil werdenden Kräfte. Jede praktischen Zwecken zustrebende Organisation ist von vornherein zum Verdorren bestimmt, wenn sie frische Zweige treiben kann, sobald ihr der Zustrom frischer Kräfte fehlt.

Einer Vereinigung von Kriegsteilnehmern könnte man schon eher Verständnis abgewinnen. Wer da draußen mit andern in Not und Tod vom Schicksal verbunden war, mag den Wunsch hegen, daß auch später ein gemeinsames Band der Organisation sie umschließt. Aber dabei handelt es sich dann nicht um die Erreichung materieller Ziele, wie sie bei der Essener Gründung im Vordergrund standen, sondern um solche rein persönlicher Art und schließlich um das Aufgehen in der Erinnerung an eine schwere Zeit.

Weil wir in ernster Zeit leben, in solcher, die eine Zusammenfassung aller Kräfte dringend gebietet, erheben wir die Stimme gegen die Gründung besonderer Kriegsbeschädigtenorganisationen. Stärkung der bestehenden, seit langer Zeit ihre Grundzüge erprobten Organisationen kann nur die Parole sein.

### Ein Ausstand in Berlin.

Am Montag, dem 16. April, legten in Berlin mehr als 200 000 Arbeiter, vor allem solche aus der Rüstungsindustrie, die Arbeit nieder. Grund dazu war die allgemeine Unzufriedenheit mit der Lebensmittelverteilung. Am 16. April trat die neue Verordnung in Kraft, die eine wesentliche Verminderung der Protration gebracht hat. Den Besprechungen, daß durch ein erhöhtes Kartoffelquantum und Heranzuführung der Fleischmenge ein Ausgleich geschaffen werden sollte, fanden die Arbeiter, gewirgt durch viele Erfahrungen, sehr mißtrauisch gegenüber. Ohne die Sicherung ausreichenden Ersatzes mit der verminderten Brotmenge auskommen und schwere Arbeit zu leisten, schienen den Arbeitern aber unmöglich. Deshalb stellten sie die Arbeit ein.

Die offiziellen Meldungen ließen zunächst den Umfang des Streiks nicht erkennen; das Wolflische Dep-Bureau gab die Teilnehmerzahl auf etwa 125 000 an. Der „Vorwärts“ berichtet jedoch, daß sich 210 000 bei der Kontrolle des Metallarbeiterverbandes meldeten. Die Zahl der Beteiligten ist jedoch noch höher. Schon dieser Umfang der Bewegung tut dar, daß es sich dabei um Fragen handelt, die wirklich die Massen bewegen und deren vorurteillose Prüfung von allen verantwortlichen Stellen erwartet werden muß. Erfreulicherweise kann gesagt werden, daß die maßgebenden Behörden in der Reichshauptstadt sowohl wie die Vertreter der Regierung der Bewegung gegenüber eine Haltung eingenommen haben, die sich vorteilhaft abhebt von der früher üblichen Beurteilung ähnlicher Vorkommnisse. Es ist infolgedessen

auch gelungen, die Bewegung in geordneten Bahnen zu erhalten und sie in wenigen Tagen zu beenden. Durch Vermittlung des Berliner Oberbürgermeisters Wermuth kam es zu einer Besprechung der Vertreter der Arbeiterschaft mit Vertretern der zuständigen Staatsbehörden. Dabei zeigte sich, daß die Wünsche und Forderungen der Arbeiterschaft fast ausschließlich die Ernährungsfrage betrafen. Das Ergebnis der Besprechung war folgende Zusicherung:

„Der Staatskommissar für Volksernährung, Erzellen; Michels hat in der heutigen Besprechung seine Erklärungen in der Frühlingsverhandlung wiederholt, daß hinsichtlich der wichtigsten Nahrungsmittel, nämlich des Brotes, des Fleisches und der Kartoffeln, die Sicherheit geboten sei, daß die jetzt für die nächsten Monate festgestellten Rationen der Bevölkerung auch zugeführt werden können. Es sei vorbehaltlich der jetzt schwebenden Maßnahmen der Bestandsaufnahmen damit zu rechnen, daß die erhofften Mehrbestände sich ausweisen würden. Jedoch seien alle Anordnungen dahin getroffen, die Bestände durchgreifend zu erhöhen und den Konsumanten zuzuwenden. Wenn irgendwo Engungen entstehen sollten, könnten sie nur vorübergehend und lokaler Natur und die Folge von Transport-schwierigkeiten sein und würden dann jederzeit durch die zugesicherten Ertragsleistungen in Mehl ausgeglichen werden.“

Für die wirksamere Erziehung weiterer Nahrungsmittel, wie Eier, Milch und Gemüse, sei die Durchführung einer wirksameren Organisation zur Erziehung der Güter in weiten Teilen des Landes bereits durchgeführt und in den übrigen in der Erwägung. Das System der Erziehung werde das der Wandlieferung bzw. der Schaffung von Sammelstellen sein, die in jedem einzelnen Dorf den Anlauf der Landesprodukte vornehmen sollten. Gleichzeitig werde durch das Verbot des Verkehrs unterdhand, im Gleichhandel, die Möglichkeit genommen werden, die Landesprodukte wie bisher der Allgemeinheit zu entziehen und lediglich leistungsunfähigen Käufern vorzubehalten.

Der Staatskommissar erklärte ferner sein Einverständnis, daß die heute versammelten Vertreter der Arbeiterschaft als ständige Kommission bei dem Oberbürgermeister von Berlin bzw. dem Arbeitsausschuß für Groß-Berlin fortan in Fragen der Verteilung der Nahrungsmittel fungieren, und erkläre sich einverstanden, daß jenseitens diese Kommission über die Ernährungsfragen auf dem laufenden zu halten und sie insbesondere zu hören, wenn durch Veränderungen in den Beständen oder aus anderen Gründen Veränderungen in der Bemessung der Nahrungsmittel für die Bevölkerung von Groß-Berlin in Frage kämen.“

Die Vertreter der Arbeiter wünschten ferner die Unternehmung eines Falles, in dem ein an der Bewegung beteiligter Punkt außer des Metallarbeiterverbandes unter Umständen zum Heeresdienst eingezogen war, die den Verdacht einer militärischen Maßregelung rechtfertigten. Auch hierüber wurde eine, zunächst allerdings nur vorläufige, Verständigung erzielt. Auch wurde die Zusicherung gegeben, daß die Militärbehörde nicht etwa reklamierte Streikende für ihre Beteiligung an der Bewegung mit Einschließung bestrafen würde. Darauf wurde am Mittwoch die Arbeit in den meisten Betrieben wieder aufgenommen. In einigen andern im Laufe der Woche.

Aus Anlaß des Ausstandes hat Generalfeldmarschall von Hindenburg an den Chef des Kriegsamts, Generalleutnant v. Gröner, folgendes Schreiben gerichtet:

In den letzten Tagen waren mir Arbeitsseinstellungen in einem großen Teil der Berliner Fabriken für Kriegsgerät gemeldet worden. Aus den Mitteilungen über Erzellen ersehe ich zwar, daß nur wenige Ausnahmen die Arbeit wieder aufgenommen ist; die Tatsache jedoch, daß eine Arbeitsseinstellung in der Rüstungsindustrie in größerem Umfang aus Gründen der Ernährungsfrage überhaupt möglich war, zwangt mich zu folgenden Ausführungen:

Die gesamte Bevölkerung wird von der notwendig gewordenen Verringerung der Protration schwer betroffen. Ich zweifle aber nicht, daß die gleichzeitige erfolgte Erhöhung der Fleischration und die nunmehr wieder regelmäßig einsetzende Besserung mit Kartoffeln als Ersatz für die verringerte Brotmenge helfen können. Auch halte ich es für sicher, daß alle an der Ausübung und Verteilung dieser Lebensmittel beteiligten Bevölkerungsklassen und Behörden sich des Grades der Uneigenschaft bewußt sind und daß es auf diese Weise gelingen wird, die gegebenen Zusagen zu erfüllen.

Um so weniger kann meines Erachtens die heimliche Ernährungsfrage ein Grund zur Arbeitsseinstellung sein. Ich halte es für meine Pflicht, diese Erzellen darauf hinzuwirken, daß bei der gegenwärtig auf der Weltmarkt ausstehenden Schlacht eine unverminderte Erzeugung von Kriegsmaterial aller Art die allen anderen vorantretende Aufgabe ist, und daß jede noch so unbedeutend erscheinende Arbeitsseinstellung eine unverantwortliche Schwächung unserer Verteidigungskraft bedeutet und sich mir als eine unzulässige Schuld an Heere und besonders am Mann im Schützengraben, der dafür bluten mußte, darstellt.

Ich bitte Eure Erzellenz darum, mit allen Mitteln dafür Sorge zu tragen, daß die Erzeugung von Waffen und Munition in nachdrücklicher Weise gefördert wird, und daß ganz besonders von allen in diesem Zusammenhang die notwendige Aufrüstung der Rüstungsarbeiter betriebe wird, die nur die erste Vorbedingung zur Erzeugung eines Zweckes zu sein scheint. v. Hindenburg.

Generalleutnant von Gröner hat an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, den Verband der deutschen Gewerksvereine, die polnische Gewerksvereinerung, die Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, die Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände und die Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht folgendes Schreiben gerichtet:

Generalfeldmarschall von Hindenburg hat mir das in Abschrift beigefügte Schreiben überhandt, das ich gleichzeitig der Tagespresse zur Veröffentlichung zugehen lasse. Es beruht keines besonderen Grundes, daß es in erster Linie Aufgabe der berufenen Vertreter der Arbeiter sein wird, die von dem Generalfeldmarschall in Anwendung gebrachte Aufklärung in umfassender Weise zu organisieren und nachhaltig zu fördern.

Eine wichtige Grundlage für den Erfolg des wirtschaftlichen Durchhaltens in der Heimat ist die rüchhaltige Zusammenarbeit der Arbeiterkommissionen mit dem Kriegsausschuss, wie dies auch bei der Bewirtschaftung des Hilfsdienstgesetzes in besonderer Weise zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Worte des Feldmarschalls werden gewiß dazu beitragen, daß die deutsche Arbeiterschaft sich dessen bewußt bleibt, daß die im Hilfsdienstgesetz für Kriegsvorgesetzte festgesetzte Arbeitsverhältnisse für die Arbeiterschaft nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gebracht hat.

Daher zweifle ich auch nicht, daß dieser Appell an das Verantwortungsgewissen und das Pflichtbewußtsein in der Arbeiterschaft vollen Widerhall finden wird.

gez.: Gröner.

Soeben wird noch bekannt, daß in den „Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken“ in Wittenau-Martinikensfelde, wo der Streik fortdauerte, die Militärbehörde eingegriffen hat. Seit dem 19. April ist dort eine Verordnung des Oberkommandierenden in den Marken erlassen, die mit Geltung vom gleichen Tage auf Grund des § 9 b des Belagerungszustandgesetzes die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in Wittenau-Martinikensfelde, bis auf weiteres in militärische Leitung übernimmt.

Diesigen Personen, die in den genannten Werken beschäftigt waren und seit dem 14. April die Arbeit niedergelegt haben, hatten binnen 24 Stunden, bis Sonnabend, 21. April, früh 7 Uhr, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn sie nicht unverzüglich den Nachweis der Arbeitsunfähigkeit zu führen vermochten. Mit Wirkung vom 19. April an ist allen diesen Personen bis auf weiteres verboten, ohne Zustimmung des militärischen Leiters die Arbeitsstelle zu wechseln, von der Arbeit fernzubleiben, die Arbeit niederzulegen, die Arbeit zu verweigern oder absichtlich einzuschränken. Ebenso wird verboten, die Arbeiter in den genannten Betrieben mündlich oder schriftlich durch Verteilung von Drucksachen zur Arbeitsverweigerung anzureizen. Zumiderhandlungen werden unter Strafe gestellt. Alle wehrpflichtigen Arbeiter, die in den „Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken“ beschäftigt waren und seit dem 14. April die Arbeit niedergelegt haben, gelten, soweit sie nicht bis zum 21. April, morgens 7 Uhr, die Arbeit wieder aufgenommen haben oder nachweisbar arbeitsunfähig sind, von diesem Zeitpunkt an als zum Heeresdienst eingezogen, erhalten Soldatenlohnung und unterstehen den Kriegsgesetzen.

## @@@ Aus der Industrie @@@

### Chemische Industrie

#### Jetzt ist es Zeit!

(Ein Mahnwort an die Arbeiterschaft der chemischen Industrie.)

Der sogenannte Burgfrieden ist heute nur noch wenig mehr als die Erinnerung an einen bemerkenswerten Stimmungsaustausch. Bei seiner Aufkündigung wurde er sehr ernst genommen. Nicht nur von den Arbeitern, sondern auch von den Unternehmern, nicht nur bei den Parteien der Linken, sondern auch bei denen der Rechten. Es behand der feste Wille, alle inneren wirtschaftlichen und politischen Kämpfe zurückzustellen bis zur Erledigung des Kampfes, der zwischen Deutschland und seinen zuträglichen Gegnern entbrannt war.

Dieser Kampf ist noch nicht beendet. Er ist heute heftiger denn je zuvor. Immer mehr Gegner sind gegen Deutschland und seine Verbündeten aufgetreten, immer größere Mäpfe werden in den Streit geworfen. Deutschlands Stellung ist heute ungemein viel schwächer als in den ersten Kriegswochen, die innere Einigkeit wäre heute notwendiger als in irgendeinem früheren Zeitraum des Krieges, und doch — sie ist nicht da.

Das Schreiben wie hier nicht, um darüber zu streiten oder zum Burgfrieden mahnende Betrachtungen zu knüpfen. So unfruchtbar Versuche sind der Raum unseres Blattes nicht geeignet worden. Es gehört nicht eben viel geschichtliche Erfahrung und nur ein wenig Kenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge dazu, um zu wissen, daß sich die Austragung innerer Gegensätze vielleicht auf Wochen und Monate, aber nicht auf Jahre vertagen

läßt. Auch die Begeisterung für den Burgfrieden ist keine Heringstange, die man einpökt auf einige Jahre.

Immerhin: etwas ist von der Hochstimmung der ersten Kriegswochen hängen geblieben. Nicht überall, aber doch in manchen Kreisen. Das Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern ist teilweise ein anderes, man kann sagen, ein besseres geworden. Allerdings nur teilweise, das soll heißen, nur in einigen Berufen oder Gruppen, aber nicht allgemein. Manche Gewerkschaften, die früher gar nicht oder nur in Ausnahmefällen zu Verhandlungen und Vereinbarungen mit den Arbeitgeberverbänden ihres Berufes kommen konnten, stehen heute mit ihnen in ständigem Verkehr. Es sind formgerechte und teilweise gut funktionierende Arbeitsgemeinschaften abgeschlossen worden; ein Verband hat sogar — ein Ausnahmefall allerdings, den wir uns als Regel weder denken können noch wünschen wollen — mit dem Arbeitgeberverband gemeinsam einen Sekretär angestellt, der die Interessen des Gewerbes wahrnehmen soll. Daß dieser Sekretär ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter ist, gibt dem Vorgang noch eine besondere Note.

Diesen Veränderungen im Verhältnis zwischen den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer zueinander steht allerdings die Tatsache gegenüber, daß sich in zahlreichen und wichtigen andern Gruppen und Berufen nur wenig oder gar nichts geändert hat. Vor allem, und das ist beachtlich, hat die eigentliche Großindustrie dem Burgfrieden verteuert wenig Zugeständnisse gemacht. Wo es aber doch anscheinend geschehen ist, da ergibt eine nähere Betrachtung, daß diese Zugeständnisse weniger aus einem burgfriedlichen Stimmungsumschwung als aus dem durch den Krieg erzeugten Arbeitermangel verurteilt sind. Im allgemeinen sind jedenfalls die Herren der Bergwerke, der großen Hütten- und Metallbetriebe, der Textilindustrie und — nicht zuletzt — der chemischen Industrie heute noch ebenso entschlossene Gegner der Gewerkschaften wie früher auch.

Besonders die Herren der chemischen Industrie. Unfre Funktionäre können Lieder singen von der burgfriedlichen Haltung der Farbwerkstönige und der andern Großen im Reiche der unbegrenzten Dividenden. Gewiß gibt es auch unter ihnen weiße Raben. Aber sie sind selten wie — nun eben wie weiße Raben. Die große Mehrheit der führenden Unternehmer der chemischen Industrie ist heute noch ebenso organisationsfeindlich wie früher auch. Beweise dafür liegen in Fülle vor. Der Raum gestattet uns kaum, sie aufzuzählen, geschweige denn, sie mit Einzelheiten anzuführen. Uns ist kein Fall bekannt geworden, daß eine der Riesenunternehmungen der chemischen Industrie ihre Stellung der Arbeiterschaft und ihrer Organisation gegenüber grundsätzlich geändert hätte, wohl aber können wir Fälle aufzählen, wo solche Unternehmungen sich ausdrücklich zu ihrer vorburgfriedlichen Haltung bekannt haben.

Wer die führenden Personen der chemischen Industrie kennt, wird sich darüber nicht wundern. Leute wie Duisberg, Goldschmidt, Hüttenmüller ufm. würden sich wahrscheinlich eher auf die Nation ihrer Fleischart beschränken als ihren Herr-im-Haus- Standpunkt aufgeben. Das sind sogar — und das will etwas heißen in Deutschland — nach oben, der Regierung gegenüber, sehr rückgratige Herren. Das zeigt sich besonders an Herrn Duisberg, der zu den eifrigsten unter den „Kanzlerstürzern“ gehört und über die Regierung mit einer Ungeniertheit urteilt, deren Nachahmung uns allerhand Unannehmlichkeiten eintragen könnte. Wie, sagen wir einmal selbständig, diese Herren auch in wirtschaftlichen Fragen der Regierung und ihren Beauftragten gegenübertraten, darüber plaudert der bekannte Großindustrielle Walter Rathenau, der geistige Schöpfer der Kriegswirtschaftsgesellschaften, in einem (bei S. Fischer in Berlin erschienenen) Büchlein. Er schildert darin, unter welchen Bedingungen und mit welchem Erfolg er für die verschiedenen Kriegswirtschaftsämter bei den Unternehmern geworben hat. Dabei sagt er, daß nicht in allen Industriegruppen Verständnis und Neigung für seine Vorschläge vorhanden war. Besonders schwer wurde es ihm bei den Chemikern. Von ihnen schreibt er:

„Das sind ganz große Herren aus dem Rheinland, Pfalz, Bayern, großer Bekanntheit, Chef angelegter Arbeiterkolonien; deren nur das neue Wesen anfangs nicht ganz gekam. Ein einflussreicher Herr fuhr im Rheinland herum und warnte vor dem neuen Experimenten. Aber schließlich kam es doch im Hofmann-Haus zu einer konstituierenden Versammlung; die vertiefte anfangs irrtlich

gegen Ende aber wurde sie leidenschaftlich bewegt. Als die Herren sahen, den Salpeter kann man ihnen nicht unbeschränkt lassen, da wurden sie unzufrieden, und es gab eine Szene, die von fern an das Ballhaus in Paris im Jahre 1789 (im Ballhaus fanden 1789 die stürmischen Sitzungen der Nationalversammlung statt, nachdem der eigentliche Sitzungssaal auf königliche Verfügung geschlossen war. Red.) erinnerte.“

Der Widerstand hat sich allerdings gelegt und die vorgeschlagene Gründung einer Kriegswirtschaftsstelle auch für die chemische Industrie kam zustande. Rathenau bekennet sogar, die chemische Industrie habe sich zwar mit den ersten Maßnahmen vielleicht etwas schwerer abgefunden, dafür aber an Initiative und Erfindungskraft, an Rührigkeit und Nachhaltigkeit vielleicht die höchste Stelle unserer wirtschaftlichen Kriegsführung erreicht. Ein Urteil, dessen Berechtigung nicht anzweifeln wird, wer die ungeheuren Leistungen der chemischen Industrie in diesem Kriege kennt.

Ganz unverbundbar sind allerdings auch die Herren der chemischen Industrie nicht. Allerdings, Stimmungen geben sie so leicht nicht nach, und gefühlsmäßigen Erwägungen und Ermahnungen treten sie sehr kühl gegenüber. Ihre verbundbare Stelle ist nicht das Herz, sondern der Geldbeutel. Wollen die Arbeiter für sich und ihre Organisationen U-bensrecht und Anerkennung erreichen, so müssen sie sich eine wirtschaftlich so starke Stellung erzwingen, daß sie die Unternehmer da treffen können, wo sie sterblich sind. Wissen die nicht nur selbstbenutzten, sondern auch sehr klugen Unternehmer der chemischen Industrie erst einmal, daß die Arbeiterschaft neben dem Willen auch die sera si zur Durchsetzung ihrer Forderungen hat, so werden sie auch mit sich reden lassen.

Nun sind aber jetzt, und darauf kommt es an, die Voraussetzungen für die Arbeiter, sich eine beachtenswerte Nachstellung zu schaffen, besonders günstig. Noch nie war der Arbeitermangel in der chemischen Industrie so groß wie jetzt, noch nie hatten die Arbeiter Schanzen, Entlassungen und andre Unternehmerrampfmittel weniger zu fürchten. Jetzt können die Arbeiter in allen Betrieben von ihrem Organisationsrecht Gebrauch machen. Jetzt können sie pfeifen auf alle Verbote und Strafbestimmungen der Unternehmer, jetzt können sie alle Drahtverhaue zerreißen, mit denen die Organisation abgesperrt worden sollte. Die Arbeiter müssen nur erstlich wollen. Sie müssen erkennen, daß die Gelegenheit jetzt günstig ist, sie müssen den christlichen Willen aufbringen, diese Gelegenheit zu nutzen, und sie müssen den rechten Weg dazu einschlagen, indem sie sich der gewerkschaftlichen Organisation, dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands anschließen.

Mit diesen Mahnungen und Folgerungen verbinden wir nicht die — den Gewerkschaften oft unterstellte — Absicht, den Frieden im Gewerbe zu untergraben, Kämpfe für Zukunft heraufzubeschwören. Im Gegenteil, wir wollen nur erreichen, daß die Herren der chemischen Industrie endlich sich dazu bequemen, die Arbeiter als gleichberechtigte Kontrahenten im Arbeitsvertrag und die Gewerkschaften als berechtigte Interessenvertretung der Arbeiterschaft anzuerkennen und zu behandeln. Erst wenn das erreicht ist, erst wenn die Kräfte gemessen und abgemessen sind, wird auch in der chemischen Industrie ein gemeinsames Zusammenwirken und der friedliche Austrag gegensätzlicher Interessen möglich sein.

### Papier-Industrie

#### Die organisierten, organisationsfeindlichen Capetenfabrikanten.

Bekanntlich bestehen unter den Papetenfabrikanten seit Jahren zwei Richtungen, und zwar die organisationsfreundlichen Fabrikanten mit ihrem Führer Vanghammer und die angeblich organisationsfeindlichen „Lustleder“. Damit soll natürlich nicht gesagt werden, daß die erste Gruppe der Fabrikanten den Arbeiterorganisationen feindsüchtiger gegenübersteht als die letztere. Wenn es sich darum gehandelt hat, den Forderungen der Papetenarbeiterschaft einen Stein in den Weg zu legen, da waren sich die feindsüchtigen Brüder noch immer einig, und jede der beiden Richtungen suchte den ersten und besten Wurf zu machen. Unvergleichbar bestand zwischen den beiden Unternehmergruppen nur über den geeigneten Weg zur Verwertung ihrer kapitalistischen Interessen.

Seit Beginn des Jahres haben sich die Lustleder ebenfalls im „Papetenfabrikanten-Verein, Sitz Berlin“, zusammengeschlossen. Die „Lustleder“, das Aufsichtsratsorgan und Verbandsblatt der neuen Unternehmerorganisation, bringt eine Zusammenstellung der Mitglieder des neuen Papetenfabrikantenvereins. Da sich darunter mancher alte Bekannte der Papetenarbeiter befindet, der seine Organisationsfeindlichkeit auch

### Französische Großstädte.

In Frankreich, wo die wirtschaftliche Entwicklung bedeutend langsamer vorwärt als in jenen Hochburgen Deutschlands und Großbritanniens, ist auch die Bewegung zur Großstadtentwicklung weniger stark als in diesen beiden Ländern. Jedoch gab es vor dem Kriege in Frankreich 13 Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern, die im Verhältnis zu ihrem Gebiet als Großstädte gelten. Doch haben einige von ihnen durch ihre wirtschaftliche Entwicklung

Ein als deren Städte mit hervorragender Bedeutung hat Paris erlangt. Der erste Rang dieses Hauptorts war wohl die günstige Lage in der westlich verlaufenden und fruchtbaren Ebene am Zusammenfluß der Seine und der Marne. Die gleichmäßige Bevölkerung der Seine hat ihren Höhepunkt der Schifffahrt für mehrere Jahrhunderte erreicht. Paris hat durch diese Lage bis zur Französischen Revolution die Stellung eines Weltmarktes für den Handel und die Industrie von Europa und Asien inne. Doch ist der Handelsverkehr von Paris nach immer viel weniger abhängig als der von Berlin. Gefördert wurde die Entwicklung der Großstadt durch die geographische Verbindung des Pariser Beckens, dem hier finden sich außer einem vorzüglichen Wasser, noch Kohl, Eisen, Zinn und Kupfer. Wie in jedem andern modernen Großstadte ist in Frankreich der gewerbliche und politische Leben in der Hauptstadt konzentriert. Dieser Konzentration sind wir hier, den Aufstieg anderer Städte zu kommen. In Paris und der Seine sind noch manche anderen, doch ist es noch immer ein unvollständiges Zentrum mit dem Zentrum internationalen Lebens. Die geographische Lage ist die Hauptursache, weshalb Paris so wichtig ist. Besonders ausgeprägt ist dies die Verbindung der Hauptstadt mit dem Meer. Die gleichmäßige Bevölkerung der Seine hat ihren Höhepunkt der Schifffahrt für mehrere Jahrhunderte erreicht. Paris hat durch diese Lage bis zur Französischen Revolution die Stellung eines Weltmarktes für den Handel und die Industrie von Europa und Asien inne. Doch ist der Handelsverkehr von Paris nach immer viel weniger abhängig als der von Berlin. Gefördert wurde die Entwicklung der Großstadt durch die geographische Verbindung des Pariser Beckens, dem hier finden sich außer einem vorzüglichen Wasser, noch Kohl, Eisen, Zinn und Kupfer. Wie in jedem andern modernen Großstadte ist in Frankreich der gewerbliche und politische Leben in der Hauptstadt konzentriert. Dieser Konzentration sind wir hier, den Aufstieg anderer Städte zu kommen. In Paris und der Seine sind noch manche anderen, doch ist es noch immer ein unvollständiges Zentrum mit dem Zentrum internationalen Lebens. Die geographische Lage ist die Hauptursache, weshalb Paris so wichtig ist.

Wie die Seine ist schiffbar. Die wirtschaftliche Blüte der Stadt beruht außer auf den von ihr ausgehenden Verkehrswegen auf der großartigen Erdbebauung, in der schon der Seemarkt beherrscht; mit ihren Hauptverkehrsstraßen reicht sie in die ganze engere und weitere Umgebung hinaus. Immer hat Paris eine bedeutende Maschinenfabrikation. Die Einwohnerzahl der Stadt ist ungefähr eine halbe Million. Umgeben von der Mündung des Rhonemündung liegt Marseille, der größte französische Seehafen und zugleich der erste Hafen des Mittelmeeres. Die Stadt ist nicht im Delta des Stromes erbaut, sondern etwas östlich, wo sich die Aufschwemmungen nicht kommen, an einer durch Hügel gegen Nord- und Ostwinde geschützten Bucht. Nachdem das alte natürliche Hafengebiet nicht mehr ausreichte, hat man einen künstlichen Hafen durch den Ufers gleichzeitige Molen geschaffen. Die Stadt hat ebenfalls rund eine halbe Million Einwohner. Sie ruht im Handel, hauptsächlich mit den Mittelmeerländern, sowie in verschiedenen Industriezweigen, von welchen die Seifen- und Lederbereitung sowie die Maschinenindustrie die wichtigsten sind. Das Stadtbild ist prächtig, die Umgebung mit ihrer hübschen Landschaft sehr schön, wie bei nur wenigen andern Großstädten. In der Rhonemündung, östlich von Marseille, haben sich noch zwei Großstädte entwickelt, nämlich Toulon (102.000 Einwohner) und Nizza (165.000 Einwohner). Toulon ist Frankreichs wichtigster Kriegshafen am Mittelmeer, der von der Landseite durch hohe Felsen geschützt ist, während nach der See zu unvollständig beschlossene Halbinseln mehrere Hauptstraßen bilden. Der Handel Toulons ist wenig ausgeprägt; bedeutender sind die großen Marinewerftstätten und die privaten Werften. Nizza, unweit der italienischen Grenze, ist auch von einer vorwiegend hübschen prächtigen Bevölkerung besetzt. Es ist eine prächtige Stadt mit vielen Hotels, Casinos, Villen und Promenaden. Die Hauptindustrien der Bevölkerung ist die sogenannte Fremdenindustrie, da hier in normalen Zeiten Bergbau- und Erhaltungszweige aus allen Ländern zusammenströmen. Heutzutage ist die Stadt der Mittelpunkt des winterlichen Stimmungsbadens nach Nordamerika, nach auch die Erzeugung von Likör wird hier betrieben.

Das südöstliche Frankreich hat zwei Großstädte: Toulouse (150.000 Einwohner) und Bordeaux (262.000 Einwohner). Toulouse liegt in dem fruchtbaren, hübschgegliederten Garonneal und hat unbestreitbar große Bedeutung für den Verkehr, sonst aber gehört es zu den wirtschaftlich schwachen Städten. Bordeaux ruht auf einer sehr günstigen Lage an der Mündung der Garonne, dem Endpunkte der Seeschifffahrt. Es hat auch bequeme Land-Verkehrswege nach drei Seiten: das Garonneal anwärtwärts zum Mittelmeer, durch die Schwelle des Poitou nach Loire (Atlantischer Ozean) und durch die Landes nach Spanien. Seine bilden den wichtigsten Handelsartikel von Bordeaux; es blüht jedoch auch der Handel mit Getreide und Früchten, während die Einfuhr zum Teil aus gewerb-

lichen Erzeugnissen besteht. Das Klima ist angenehm, die Umgebung waldreich und schön. Die Stadt ist statlich aus einem in der Nähe gebrochene Kalkstein erbaut.

Bretter im Norden ist Nantes eine der atlantischen Küste nahegelegene Großstadt mit 133.000 Einwohnern. Die ehemalige Blüte dieser Stadt ist längst geschwunden, da der überseeische Handel zurückging und auch keine industrielle Entwicklung einsetzte.

Der Ueberseeverkehr Nordfrankreichs hat sich vornehmlich in Le Havre an der Seemündung konzentriert, wo sich ihm bessere Bedingungen darbieten. Von besonderer Wichtigkeit als Welt-handelsplatz ist Le Havre bloß für einen Artikel, nämlich Kaffee. Der Auswärtverkehr ist noch umfangreicher, jedoch nicht mehr so umfangreich wie vor einigen Jahrzehnten. Sehr zufließen kommt Le Havre, daß es der Hafen von Paris ist. Die Einwohnerzahl beträgt bloß 130.000, der Schiffsverkehr, einschließlich der Küstenschifffahrt, im Jahresdurchschnitt nicht ganz 7 Millionen Tonnen. — Seineaufwärts kommt man von Le Havre nach Rouen (116.000 Einwohner), wo der eigentliche Endpunkt der Seeschifffahrt ist. Hier hat die französische Baumwollindustrie ihren Hauptort. Die Entfernung von Le Havre nach Paris beträgt in gerader Linie nur 180 Kilometer; die Eisenbahn macht daraus 228 Kilometer, die Seine mit ihren vielen Windungen sogar 365 Kilometer.

Das nördliche Linnland Frankreichs weist (abgesehen von Paris) vier Großstädte auf: Lille, Roubaix, Reims und Nancy.

Lille, die Hauptstadt Französisch-Flanderns, hatte vor dem Kriege 220.000 Einwohner und eine ausgebreitete Industrie; am wichtigsten waren die Wollweberei und -spinnerei; sowie die Erzeugung von Baumwollwaren und Leinwand. In der Vorstadt Fives wurde Maschinenbau betrieben. Auch in den Nachbarstädten Roubaix (124.000 Einwohner) und Dourocourt herrschte die Textilindustrie stark vor. Die Nähe ertragreicher Kohlenfelder kam hier dem industriellen Aufschwung sehr zufließen; ob ein solcher nach dem Kriege bald wieder einsetzt wird, bleibt abzuwarten.

Reims (mit 101.000 Einwohnern) hatte gleichfalls eine blühende Wollindustrie. Am meisten bekannt war die Stadt jedoch wegen ihrer riesigen Weinstellerei; es wurde zum Teil Schaumwein erzeugt und größtenteils ausgeführt, da er in Frankreich selbst wenig beliebt ist. Nancy (120.000 Einwohner) war in den letzten Jahrzehnten ziemlich reich ausgeblüht. Die Hauptursache davon war wohl, daß es seit der Abtretung von Metz die Hauptstadt der französischen Mosellande blühte und viele Rückwanderer aus den Reichslanden anfuhr. Die wichtigsten Industrien Nancys sind die Maschinenfabrikation, Glasblätere und Holzgewinnung. In die Stadt schließen sich talant- und talantwärts betriebene Bororte an.

gegen die Arbeiterverbände etwas stark hervorzuheben, wollen wir die Liste der organisationsfeindlichen, organisierten Tapetenfabrikanten...

a) Vorstand:

- J. Kugmann, Vorsitzender.
Chr. Wulf, stellvertretender Vorsitzender.
E. Niepmann, Kassierer.

b) Mitglieder:

- Elberfelder Tapetenfabrik, Willy Dorfster in Elberfeld.
Tapetenfabrik Aug. Eggers in Magdeburg.
Lüneburger Tapetenfabrik, F. Enkhansen, in Lüneburg.

Unter den Mitgliedern des neuen Tapetenfabrikanten-Vereins befindet sich mancher Unternehmer, der bis vor kurzem noch sehr stolz auf seine wirtschaftliche Freiheit war...

Waldhof.

Vor allen deutschen Zellstofffabriken hat die Zellstofffabrik Waldhof mit den schwersten Kriegsverlusten zu rechnen. Nicht etwa weil die Zellstofffabrikation während des Krieges nicht rentabel war...

Um sich einigermaßen sicher zu stellen, sammelt die Waldhof einen recht respektablen Kriegsrückverfonds an. Im Geschäftsjahre 1914 hatte die Gesellschaft nach 3 422 510 Mk. für Abschreibungen einen Verlust von 9 772 961 Mk. zu verzeichnen...

Von Finanzfachleuten werden gegen das vorgesehene Verfahren, durch Aufhebung des gesetzlichen Reservfonds, künstliche Unterbilanz zu erzeugen, bereits Bedenken erhoben.

Wenn das Finanzgebaren der Verwaltung der Waldhof von Seiten der Aufsichtsbehörde keinen Widerstand erfährt, dann können die Finanzkünstler der Papier- und Zellstoffindustrie auch für das Geschäftsjahr 1916 wieder mit der Behauptung freibien gehen...

Wären die Aktionäre der Waldhof hübsch in der Heimat gelieben, anstatt ihr kapitalistisches Bölgelge im Auslande anzuhäufeln, so dürfte die Friedensdividende von 15 Prozent während der Kriegszeit bedauernd überflügelt worden sein...

Lebensmittel und alle Bedarfsartikel mehr als aufgezehrt wurden. Wir empfehlen der Verwaltung der Waldhof dringend, noch einen tiefen Griff in ihre Taschen zu tun...

Staatliche Zuschüsse zum Arbeitslohn.

Es ist anscheinend noch nicht genug bekannt, daß Heerespflichtige, die zur Arbeit beurlaubt werden, unter bestimmten Umständen Zuschüsse zu ihrem Arbeitslohn erhalten können.

Auf der einen Seite kommen als militärische Bezüge Löhnung, freie Verpflegung und Kleidung in Frage. Die Löhnung ist je nach ihrem tatsächlichen Betrag einzuzeigen.

Würde die Familie dagegen noch eine Zulagenunterstützung in Höhe von 30 Mk. halbmoralisch vom Versorgungsverbande erhalten...

Es kommt ferner häufig vor, daß der Entlassene nicht an seinem Wohnort, sondern außerhalb Arbeit erhält.

Die nötigen Unterlagen über die Löhnung können aus dem Soldbuch oder Bescheinigungen der militärischen Stellen ersicht werden.

Die Gewährung der Unterstühtungen an die Familien hat auf Antrag des Heerespflichtigen selbst oder seiner Familie zu erfolgen.

Die Zahlung der Unterstühtungen erfolgt halbmoralisch an denselben Tagen wie die der Familienunterstützungen, und zwar zu Zeiten des Versorgungsverbandes, der bisher für die Zahlung der Familienunterstützungen zuständig war.

So viel zur Klärung für diejenigen Mitglieder, die für eine solche Unterstühtung in Frage kommen.

Die folgenden Ausführungen darüber, wann ein „wichtiger Grund“ vorliegt, der zum Verlassen einer hilfsdienstpflüchtigen Beschäftigung berechtigt, entnehmen wir der Arbeiterrechtsbeilage des „Arbeiterwartens“.

Nachdem nunmehr die durch § 7 bestimmten Einberufungsauschieße ihre Tätigkeit begonnen haben, kommt der eigentliche Zweck des Gesetzes, die Heranziehung jeder männlichen Arbeitskraft zum Dienst in der Kriegsdienst zur Durchführung.

Die folgenden Ausführungen darüber, wann ein „wichtiger Grund“ vorliegt, der zum Verlassen einer hilfsdienstpflüchtigen Beschäftigung berechtigt, entnehmen wir der Arbeiterrechtsbeilage des „Arbeiterwartens“.

Nachdem nunmehr die durch § 7 bestimmten Einberufungsauschieße ihre Tätigkeit begonnen haben, kommt der eigentliche Zweck des Gesetzes, die Heranziehung jeder männlichen Arbeitskraft zum Dienst in der Kriegsdienst zur Durchführung.

Die folgenden Ausführungen darüber, wann ein „wichtiger Grund“ vorliegt, der zum Verlassen einer hilfsdienstpflüchtigen Beschäftigung berechtigt, entnehmen wir der Arbeiterrechtsbeilage des „Arbeiterwartens“.

Nachdem nunmehr die durch § 7 bestimmten Einberufungsauschieße ihre Tätigkeit begonnen haben, kommt der eigentliche Zweck des Gesetzes, die Heranziehung jeder männlichen Arbeitskraft zum Dienst in der Kriegsdienst zur Durchführung.

vorliegt. Weigert sich der Unternehmer trotz Vorliegen eines wichtigen Grundes, den Abheerzweigen auszuweichen, so ist der Schlichtungsausschuß anzuziehen.

Was ist nun aber ein wichtiger Grund? Daß hierüber die Ansicht auseinandergehen, ist bei der Neuheit der ganzen Materie wohl erklärlich.

Eine angemessene Verbesserung wird z. B. auch dann angenommen werden müssen, wenn ein außerhalb seines Wohnortes beschäftigter Hilfsdienstpflichtiger bei gleichem Lohn an seinem Wohnorte unterkommen und so bei seiner Familie kin kann.

Die Schaffung besserer Ernährungs- und Wohnmöglichkeiten, vielleicht durch eigenen Ausbau von Feld- und Gartenfrüchten, müßte selbst bei etwas niedrigerer Entlohnung als angemessene Verbesserung gelten.

In Mäßigkeit auf die äußerst angupannde Arbeitskraft dürfte auch eine geborene Vervollkommnung in der Uer ein wichtiger Grund sein. Neben den hier genannten gibt es noch eine Anzahl Momente, die bei Beurteilung einzelner Einzelfälle in Berücksichtigung zu ziehen sind.

Im wirtschaftlichen Leben wird die Last des Krieges immer fühlbarer. Die Tätigkeit der Garteit und der Ortsverwaltungen wurde durch die immer mehr in Erscheinung tretende Verschlechterung des Wirtschaftens und der sonstigen Kriegsverhältnisse hemmend beeinflusst.

Die Arbeiterschaft für den Verband hat nicht so eingeleitet, wie man erwarten durfte. Die wichtigste Verarbeitung ist die Hauswirtschaft, die das Verarmungsbeden durch die verschiedenen Umstände beschränkt ist.

Die Erzeugung der Lebensmittelpreise beeinträchtigt die Lebensweise der Arbeiterschaft und zwingt viele Mitglieder, allerorts auf Erhöhung der Löhne zu dringen, um einen Ausgleich zwischen Einkommen und Leistung herbeizuführen.

Der Mitgliederbestand im Gau betrug am Schlusse des Berichtsjahres 1915 gegen 928 im Jahresabschlusse 1915. Es ist also eine Zunahme von 55 Mitgliedern zu verzeichnen.

Die Wiederanmeldung der vom Kriegsdienst entlassenen oder zur Arbeit heranzuziehenden Kollegen erfolgt in vielen Fällen nicht gleich nach der Entlassung oder Beurlaubung; die Kollegen glauben, das hat ja noch Zeit im „Proletariat“ ist wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden, daß bei verspäteter Anmeldung die früher erworbenen Rechte verfallen und nicht wieder aufleben.

Die Gesamtsumme der Einnahmen im Jahre 1916 betrug an Mitgliederbeiträgen, Eintrittsgeld und sonstigen Einnahmen 35 440,92 Mk. Es wurden 48 120 Wochenbeiträge geleistet.

Die Tätigkeit des Gauleiters beschränkte sich in der Hauptsache auf Abrechnungen, Revisionen und Abhaltung von Mitgliederversammlungen. In mehreren Fällen mußten die Mitglieder der Zahlstellenleitung auf Besetzung des Gauleiters ergäut werden.

Die Unterstellung der Bestimmungen der Gewerbestatut geschaffen wurden, hat zur Folge, daß die Zahl der Umfälle zugenommen hat. Auch an dieser Stelle werden die Ortsverwaltungen ersucht, der Beachtung alle vorkommenden Umfälle mitzuteilen.

Das gegen Ende des Jahres 1916 in Kraft getretene Hilfsdienstgesetz ist für die Arbeiterschaft in den Betrieben für die Kriegführung, der Volksernährung und der Munitionsherstellung von großer Bedeutung.

Was uns die Zukunft auf bringen wird, so müssen wir versuchen, allen Aufgaben derselben gerecht zu werden. Die Verarbeitbarkeit kann und muß besser verstanden werden; die dahingehöblichen Mitglieder müssen mehr als bisher in den Dienst der Organisation stellen.

Das gegen Ende des Jahres 1916 in Kraft getretene Hilfsdienstgesetz ist für die Arbeiterschaft in den Betrieben für die Kriegführung, der Volksernährung und der Munitionsherstellung von großer Bedeutung.

Was uns die Zukunft auf bringen wird, so müssen wir versuchen, allen Aufgaben derselben gerecht zu werden. Die Verarbeitbarkeit kann und muß besser verstanden werden; die dahingehöblichen Mitglieder müssen mehr als bisher in den Dienst der Organisation stellen.

Das Hilfsdienstgesetz.

(Arbeitszwang und Abheerzweigen.)

Die folgenden Ausführungen darüber, wann ein „wichtiger Grund“ vorliegt, der zum Verlassen einer hilfsdienstpflüchtigen Beschäftigung berechtigt, entnehmen wir der Arbeiterrechtsbeilage des „Arbeiterwartens“.

Nachdem nunmehr die durch § 7 bestimmten Einberufungsauschieße ihre Tätigkeit begonnen haben, kommt der eigentliche Zweck des Gesetzes, die Heranziehung jeder männlichen Arbeitskraft zum Dienst in der Kriegsdienst zur Durchführung.

Die folgenden Ausführungen darüber, wann ein „wichtiger Grund“ vorliegt, der zum Verlassen einer hilfsdienstpflüchtigen Beschäftigung berechtigt, entnehmen wir der Arbeiterrechtsbeilage des „Arbeiterwartens“.

Nachdem nunmehr die durch § 7 bestimmten Einberufungsauschieße ihre Tätigkeit begonnen haben, kommt der eigentliche Zweck des Gesetzes, die Heranziehung jeder männlichen Arbeitskraft zum Dienst in der Kriegsdienst zur Durchführung.

